

Protokoll der Sitzung des AK Straffälligenhilfe am 23. Oktober 2013 in den Räumen des Paritätischen Landesverbandes in Hannover

Anwesend: Tetzlaff, Goiny, Beaury, Voss, Ebeling, Konstantin, Tugendheim, von Pogrell

Top 1: Begrüßung und Formalien

Frau von Pogrell begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Tagesordnung wird genehmigt.

Top 2: Aktuelles aus den Einrichtungen

Herr Beaury schlägt vor, den Bereich „Häusliche Gewalt“ auch in die Arbeit des Arbeitskreises mit aufzunehmen.

Er berichtet weiter von den Finanzierungsverhandlungen mit der Region Hannover. Zwar sei ein Vertrag mit der Region Hannover abgeschlossen, aber der Topf sei leer (Stand 30.9.2013), es sei unklar wie es weitergehen solle. In der Region läge der Eigenanteil der Anlaufstellen bei 34.000 €, das könnte die Neustädter Anlaufstelle nicht mehr bewältigen. Wenn es in den nächsten 2 Jahren keine Verbesserung der Finanzsituation gäbe, würden die ambulanten Maßnahmen eingestellt.

Herr Ebeling ergänzt, dass es derzeit pro Planstelle und Jahr eine Förderung von 17.500 € durch das Land gibt. Der Rest müsse durch Kommunen und Eigenmittel aufgebracht werden. Es wird angedacht, eine Pressemitteilung des Vorstandes zu initiieren mit der Forderung nach Personal- und Sachkostenzuschüssen mit dem Hinweis, dass nur so die Qualitätsstandards gehalten werden könnten. Das müsste dann entsprechend mit dem Vorstand abgesprochen werden. Herr Tugendheim wird die LAG-Qualitätsstandards an Frau von Pogrell verschicken (*erledigt*). In der Diskussion wird deutlich, dass nicht alle Ambulanten Maßnahmen im AK Straffälligenhilfe mitvertreten werden, einige werden auch von anderen Fachbereichen betreut. Herr Tugendheim wird eine Liste zusammenstellen mit weiteren MOs, die nicht dem AK angehören, aber Mitglied des Paritätischen sind (*die Liste ist an das Protokoll angehängt*).

Frau Konstantin berichtet, dass bei BAF Hannover in den letzten 2 Jahren 1,5 Stellen abgebaut wurden.

Herr Tugendheim erklärt, dass das Jahr 2012 für KWABSOS ein Katastrophenjahr gewesen sei. Es habe ein Belegungstief bei den ambulanten Maßnahmen gegeben. Im Jahr 2013 sehe es aber glücklicherweise ganz gegenteilig aus. Die Werkstattförderung durch Land und Kommune sei hervorragend und die ambulanten Maßnahmen liefen jetzt wieder sehr gut. Seit 2012 mache man auch Täterarbeit, die bisher durch den Paritätischen finanziert wurde, dieses Projekt laufe aber zum 31.12.2013 aus. Nach dem Gespräch im Justizministerium sei er jedoch zuversichtlich, dass das Projekt mit einer Förderung durch das MJ auch 2014 weitergeführt werden könne.

Herr Goiny und Herr Tetzlaff berichten aus Lüneburg: es gäbe Schwierigkeiten bei der Generierung von Eigenmitteln durch Bußgelder. Nur wenige Richter würden noch Bußgelder der Anlaufstelle zuweisen, deshalb sei das Aufkommen sehr zurückgegangen. Die Infooffensive liefere kontinuierlich, die Seite würde regelmäßig von einer erfreulichen Anzahl von Besuchern angeklickt werden. Die Erstellung sei zuletzt sehr zeitaufwändig gewesen. In Lüneburg gäbe es die Sondersituation, dass man dort ein sozialtherapeutisches Wohnheim betreibe. Eine halbe Stelle sei nach § 67 SGB XII eingerichtet zur Nachbetreuung von Menschen die aus stationären Einrichtungen ausgezogen seien. Zum Übergangsmanagement liefere eine regionale Evaluation.

Herr Ebeling teilt mit, dass die Arbeit der ambulanten Maßnahmen beim ASF in Lüneburg derzeit insoweit unterbesetzt sei, als die Arbeit durch die vorhandenen Mitarbeiter derzeit kaum zu bewältigen sei.

Herr Voß berichtet von Cura aus Braunschweig von einem Personalwechsel zum Jahreswechsel 2012/13. Derzeit hinge dort noch eine hohe Lohnnachforderung im Raum, diese Entwicklung sei ein Schock gewesen. Der Kommunale Zuschuss sei 2013 von 9000€ auf 15.000€ erhöht worden, der Eigenanteil deshalb von 33.000€ auf 28.000€ gesunken. Vermutlich werde es künftig aufgrund eines Ratsbeschlusses eine alljährliche Tariferhöhung um 3 % geben. Die finanzielle Lage der Antragstelle sei daher einigermaßen entspannt, auch wenn der Bußgeldfluss durch das Amtsgericht Braunschweig nur sehr gering ist. Allerdings seien auch in Braunschweig die Mitarbeiter chronisch überlastet.

Top 3: Bericht vom Astra

Frau von Pogrell berichtet vom ASTRA im Oktober in Berlin. Im Mittelpunkt stand u.a. die Thematik „Restorative Justice“, außerdem ging es um Standards beim Täter-Opfer-Ausgleich und den Bereich Opferhilfe. Einige Punkte der umfangreichen Tagesordnung konnten nicht abgearbeitet werden und sollen bei der nächsten Sitzung wieder auf die TO kommen.

Top 4: Bericht vom LAG-Expertenkreis

Herr Voß berichtet vom LAG-Expertenkreis im Juli. Es sei im Wesentlichen der Praxisworkshop zum Übergangsmanagement im November vorbereitet worden. Das nächste Treffen werde am 28.10. stattfinden. Herr Goiny wird Frau von Pogrell bei der Erstellung eines Grußwortes für die LAG FW bei der Veranstaltung unterstützen.

Top 5: Rückblick rechtspolitische Fachgespräche

Frau von Pogrell und Herr Goiny berichten von den Gesprächen mit der SPD und den Grünen. Es wird überlegt, ob es sinnvoll sei, über die Fraktionsvorsitzenden alle Fraktionsmitglieder anzusprechen und die akuten Problemlagen noch einmal deutlich zu machen. Ein solches Schreiben müsste dann aber mit dem Vorstand abgeklärt werden.

Das Gespräch mit dem MJ war ebenfalls zufriedenstellend. Von Seiten des Ministeriums waren die verschiedenen Referate sehr hochkarätig besetzt, das Gespräch lief mit 2 Stunden sogar ausführlicher als zunächst geplant und die Ministerin hat von selbst angesprochen, dass diese Gespräche kontinuierlich fortgesetzt werden sollen. Zu den Inhalten des Gesprächs liegt ein gesonderter Vermerk vor und es wird einen Bericht im PARI-Report geben.

Top 6: Rückblick Fachtag 2013

Der Fachtag lief nach den ersten Schwierigkeiten bei der Vorbereitung besser als gedacht. Die Resonanz bei den TeilnehmerInnen war positiv. Die Ergebnisse des Fachtages sollten allerdings dann auch in die weitere politische Arbeit des Arbeitskreises einfließen, z. B. auch in ein angedachtes Gespräch mit dem MS zu den ambulanten Maßnahmen, siehe unten.

Top 7: Überlegungen zum Fachtag 2014

Nach anfänglichen Überlegungen kommt der AK zu dem Schluss, dass 2014 kein Fachtag stattfinden soll, da weitere eigene Veranstaltungen neben dem Praxisworkshop und einem parlamentarischen Abend wegen der großen Arbeitsverdichtung nur schwer zu bewältigen seien.

Top 8: Gespräch mit MS zum Ausbau ambulanter Maßnahmen

Da die ambulanten Maßnahmen weitgehend aus dem Haushalt des MS finanziert werden, erscheint ein Gespräch mit der Hausspitze ebenfalls sinnvoll. Es sollten dann u. a. folgende Themen besprochen werden: die Aufstockung der Landesförderung; die Ausweitung der finanziellen Förderung auch auf junge Erwachsene vor dem Hintergrund von deren besonderer Bedarfe; die Ausweitung auf eine landesweit flächendeckende Förderung der Täterarbeit. Frau von Pogrell wird einen entsprechenden Termin vereinbaren.

Top 9: Verschiedenes und Termine

Termin der nächsten AK-Sitzung: Donnerstag, 30.1.2014, 10.00 Uhr.

Termin rechtspolitisches Fachgespräch mit der CDU-Fraktion: Dienstag, 14.1.2014, 9.30 Uhr

Hannover, 5.12.2013



Annette von Pogrell
Fachberaterin

Verteiler:

1. AK Straffälligenhilfe
2. Abteilungsleiterin, Frau Sebo